

Pressemitteilung
6. Juni 2024

Nymphenburger Straße 9
10825 Berlin

Pressekontakt
Katharina Lübben
Tel. +49 30 26 39 229-45
luebben@stiftungzukunftberlin.eu

Stifter
Dieter Rosenkranz (†)

Stiftungsrat
Henry Bren d'Amour
Jutta Croll
Andreas Gebhard (Vorsitzender)
Martina Münch (stellv.Vorsitzende)
Andrea Peters
Sabine Toepfer

Vorstand
Markus Dröge (Sprecher)
Beate Stoffers (Sprecherin)
Isabella Hermann
Christophe Knoch
Karin Kohler
Richard Meng

Geschäftsführung
Beate Stoffers

„Wir müssen anfangen, wieder miteinander zu reden“

SZB veröffentlicht Bürgeraufruf aus Sorge um die Diskussionskultur zu Nahost in Berlin

Die Stiftung Zukunft Berlin (SZB) hat einen Aufruf von Persönlichkeiten der Berliner Stadtgesellschaft veröffentlicht, die sich im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt um die Diskussionskultur in der Stadt sorgen. Der Aufruf, der gemeinsam von SZB, Maecenata-Stiftung und Bürgerstiftung Neukölln erarbeitet worden ist, fordert eine Abkehr vom Aufschaukeln der Emotionen und stattdessen eine Rückkehr zu einem offenen, andere Sichtweisen respektierenden Dialog.

SZB-Vorstandssprecher Markus Dröge sagte: „Nicht nur im Nahen Osten ist die Welt seit dem 7. Oktober 2024 eine andere. Das Massaker der Hamas in Israel und die hohe Zahl ziviler Opfer im Gazastreifen seitdem, sind Ereignisse, die sich unmittelbar auch auf die offene Gesellschaft in Deutschland ausgewirkt haben, deren kulturelle Vielfalt wir erhalten und verteidigen wollen. Starke Spannungen und eine dramatische Verhärtung der Diskurskultur sind leider die Folge.“

Die Stiftung Zukunft Berlin hatte deshalb bereits Ende Januar und Ende März zu zwei Gesprächen eingeladen, in denen Vertreter*innen und Vertretern von Schulen und Dialog-Projekten, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sich über ihre Erfahrungen ausgetauscht haben, die sie angesichts dieser hoch angespannten Situation machen. Parallel dazu hatten die Maecenata-Stiftung Gespräche mit einem Kreis von Persönlichkeiten geführt und die Bürgerstiftung Neukölln das Thema „Nahost in Neukölln“ in einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert.

Dröge zum Fazit aus diesen Gesprächsinitiativen: „Die freie Diskussionskultur ist akut betroffen. Sowohl im jüdischen als auch im muslimischen Teil der Stadtgesellschaft ist die Angst gewachsen, sich offen und frei zu äußern. Manche berichteten sogar von Befürchtungen, möglicherweise künftig dauerhaft ausgegrenzt und bedroht zu werden. Es muss jetzt dringend darum gehen, die Gesprächsfähigkeit miteinander zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Eine Arbeitsgruppe, an der Vertreter*innen und Vertretern aller drei genannten Institutionen teilgenommen haben, hat deshalb die heute veröffentlichte Erklärung erarbeitet und Erstunterzeichnende angesprochen. Wir wollen damit die aktuelle, bedrängende Situation öffentlich machen und zu einem fairen Diskurs aufrufen. Wir müssen anfangen, wieder miteinander zu reden.“

Der Aufruf trägt die Überschrift: „Wir müssen anfangen!“. Er nimmt bewusst nicht Stellung zur Situation im Nahen Osten oder zu aktuellen politischen Debatten, sondern beschränkt sich auf die Dialogsituation in Deutschland, speziell in Berlin. Er adressiert keine konkret benannte Gruppe, sondern ist als Aufruf an das „Wir“ derer gerichtet, die sich gewaltfrei für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft einsetzen. Diese kann ohne einen fairen Diskurs und einen Grundkonsens gemeinsamer Werte nicht existieren.

Bereits die erste Verbreitung des Aufrufs an einen begrenzten Kreis zur Gewinnung von Erstunterzeichnenden hat sehr engagierte Reaktionen und konstruktive Gesprächsangebote hervorgerufen. Dies zeigt, wie wichtig, ja dringend notwendig es ist, das Gespräch neu und anders zu beginnen.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch auf www.stiftungzukunftberlin.eu.

Die Stiftung Zukunft Berlin ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung. Uns geht es um die Zukunft Berlins. Bürgerinnen und Bürger Berlins treiben mit der Stiftung Themen voran. Sie bringen ihre Erfahrungen, Netzwerke und Ideen im Vorfeld von politischen Entscheidungen und gegenüber der Öffentlichkeit ein. Ohne die Verantwortung der Politik in Frage zu stellen, wollen sie so ihre eigenen Beiträge zur Zukunft Berlins leisten.